

„Die IGS wird faktisch abgeschafft“

Lehrer, Eltern und Schüler protestieren gegen das verkürzte Abitur / Diskussion mit Landespolitikern von CDU und SPD

VON JULIANE KAUNE

Mit der Verkürzung des Abiturs an den Integrierten Gesamtschulen (IGS), die die CDU/FDP-Landtagskoalition gestern beschlossen hat, wollen sich Eltern, Lehrer und Schüler nicht zufriedengeben. Das wurde bei einer Podiumsdiskussion mit rund 200 Teilnehmern an der IGS Linden deutlich. „Die IGS wird faktisch abgeschafft“, empörte sich Angelika Bohle, Vorsitzende des Personalrats der Lindener Schule. Der charakteristische jahrgangsübergreifende Unterricht lasse sich bei einem Turboabitur nach zwölf Jahren nicht mehr aufrechterhalten. Eltern- und Schülervertreter kündigten gestern Protestak-

tionen an. Für den 26. März sind landesweit Schulstreiks geplant.

Einer der Vertreter, der den politischen Beschluss zu verantworten hat, saß gestern auch auf dem Podium in der Aula der IGS Linden: Karl-Heinz Klare, Vizechef der CDU-Fraktion, stellte sich den Fragen und Vorwürfen, die auf ihn einprasselten. Eltern hätten sich bewusst dafür entschieden, ihre Kinder auf eine IGS zu schicken – unter anderem, um diese nicht dem Lerndruck des auf zwölf Jahre verdichteten Abis am Gymnasium auszusetzen, betonte Claudia Machlab vom Schulleiternrat der IGS Linden. „Warum wollen Sie den Eltern die Wahlfreiheit nehmen, welche Schule sie für ihr Kind für richtig hal-

ten?“, fragte Elternvertreter Alexander Brandenburg.

Klare sagte, das integrative Lernen an der IGS würde auch bei einer Verkürzung des Abiturs beibehalten. Allerdings räumte er ein, dass es neben den bisher üblichen, nach zwei Leistungsstufen gestaffelten Kursen in bestimmten IGS-Fächern künftig eine dritte Stufe geben müsse. Eltern und Lehrer stellten klar, dass sie es für ausgeschlossen halten, die spezifischen Lernformen der Gesamtschulen bei einer Verkürzung des Abis beizubehalten. „Das wäre ein unlösbares Rätsel“, sagte eine Elternvertreterin der IGS List. „Das Turbo-Abi an Gymnasien war schon ein Schnellschuss – warum will das Land

jetzt schon wieder einen Schnellschuss machen?“, fragte ein Lehrer.

Kritik kam nicht nur von den Schulangehörigen, sondern auch von der politischen Opposition: SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner, ebenfalls Gast auf dem Podium, warf Klare und dessen CDU-Kollegen vor, bewusst Hürden für die Integrierten Gesamtschulen aufzubauen, weil diese Schulform von der Landesregierung politisch nicht erwünscht sei.

Klare sicherte Schulleitern, Lehrern und Eltern gestern weitere Gespräche zu. Allerdings machte er auch deutlich, dass es in der Grundsatzfrage keine Bewegung geben werde: „Das Abi nach zwölf Jahren an der IGS wird kommen.“